

**Sharan Burrow**

**Präsidentin des Internationalen Gewerkschaftsbundes – IGB**

**Rede zum 60-jährigen Jubiläum des DGB**

**Berlin, 5. Oktober 2009**

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag, DGB, und alles Gute! Der Deutsche Gewerkschaftsbund kann auf 60 Jahre überzeugender kollektiver Aktionen zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und zugunsten Eures Landes zurückblicken und mit Recht stolz auf seine Leistungen sein.

Lieber Vorsitzender Michael Sommer, sehr geehrter Herr Bundespräsident Köhler und sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel, liebe Gewerkschaftsvorsitzende, liebe Mitglieder des DGB und Freunde, heute ist ein glücklicher Tag, ein Tag, an dem wir feiern, an dem wir uns erinnern und an dem wir die Rolle der Gewerkschaften bei der Mitgestaltung einer großen Nation bekräftigen. Ich bin stolz darauf, als Präsidentin des IGB Seite an Seite mit Euch zu stehen, und von Euren Kolleginnen und Kollegen aus aller Welt überbringe ich Euch Grüße, Solidaritätsbotschaften und in der Tat ihren aufrichtigen Dank für den bedeutenden Beitrag, den Ihr zur Verbesserung der Welt geleistet habt, sowohl hier als auch über Eure eigenen Grenzen hinweg. Die Tatsache, dass hier heute mehr als 100 internationale Gäste anwesend sind, um mit Euch zu feiern, ist ein Zeichen des Ansehens, das der DGB überall auf der Welt genießt.

Ihr könnt auf Eure Geschichte stolz sein. Der DGB hat durch Kampagnen und gewonnene Kämpfe maßgeblich dazu beigetragen, die Grundlagen des modernen Arbeitsplatzes zu schaffen, eines Arbeitsplatzes, an dem die Menschenwürde und der Respekt vor den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern garantiert sind.

Die Kampagne der 50er Jahre für die 40-Stunden-Woche hat die Welt inspiriert, und das Plakat zum 1. Mai 1956 mit dem kleinen Jungen und der Parole "Samstags gehört Vati mir" hat sowohl zu betrieblichen Veränderungen beigetragen als auch die Grundlagen für ein würdiges Familienleben geschaffen.

In den 70er Jahren habt Ihr mit der Forderung nach der Würde der Arbeit und nach dem Recht der Beschäftigten auf ein Mitspracherecht am Arbeitsplatz und im Betrieb neue Wege eingeschlagen, mit dem Ergebnis, dass das Betriebsverfassungsgesetz 1972 grundlegend novelliert und 1976 das neue Mitbestimmungsgesetz verabschiedet wurde, die beide heute noch die Eckpfeiler des deutschen Arbeitsbeziehungsmodells sind.

In den 90er Jahren hat der DGB die Welt mit seinem mutigen Eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit in Deutschland erneut inspiriert, und wer könnte die berühmte Parole "Mach meinen Kumpel nicht an!" vergessen, die an das Gewissen aller appelliert hat. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tragen wir auch heute alle noch eine zentrale Verantwortung dafür, die Rechte von Wanderarbeitkräften zu schützen.

Ich kann hier nur ein oder zwei Höhepunkte herausgreifen, möchte aber doch noch hervorheben, dass sich der DGB nicht nur auf sein eigenes Land beschränkt, sondern sich auch stets solidarisch mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern anderer Länder gezeigt hat. Wir erinnern uns alle an die entschiedene Unterstützung, die der DGB und die deutschen Gewerkschaften der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc bei ihrem Kampf für Demokratie und Arbeitnehmerrechte gewährt haben.

Der DGB war in der Tat Gründungsmitglied des IBFG, so dass diese Feier auch 60 Jahren internationaler Gewerkschaftsarbeit Rechnung trägt. Heute gehören wir alle dem IGB an, der 2006 gegründet wurde, und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die Rolle des DGB und vor allem die Führungsrolle seines Vorsitzenden, Michael Sommer, beim Zustandekommen dieses großartigen Ergebnisses – der Zusammenführung des IBFG, des WVA sowie unabhängiger Gewerkschaften in einer neuen geeinten Organisation – zu würdigen. Seine Fähigkeit, anderen die Hand der Freundschaft zu reichen und seine unerschütterliche Unterstützung des Einigungsprozesses war von großer Bedeutung. Er übt seit dem Gründungskongress das Amt des stellvertretenden IGB-Präsidenten aus und hat mit Luc Cortebeek, unserem Generalsekretär Guy Ryder und mir selbst als wichtiges Mitglied in unserer Führungsriege mitgewirkt. Ich möchte ihm bei dieser Gelegenheit ganz persönlich für seine Führungsrolle, seine Freundschaft, seinen Weitblick und seine Einsatzbereitschaft und in der Tat dem DGB und den deutschen Gewerkschaften dafür danken, dass sie ihn mit uns teilen.

Denn Michael weiß, der DGB und die Gewerkschaften in Deutschland wissen, dass die Einigung allein nicht genug ist, dass wir einen neuen Internationalismus brauchen, um gegen die Ungleichheit und die Ungerechtigkeit in der Welt anzugehen.

Die Welt muss sich verändern.

Wir waren schon vor der globalen Finanzkrise zu Recht beunruhigt über die zunehmenden Ungleichheiten in der Welt, aber heute sind die Herausforderungen noch wesentlich offensichtlicher.

Die globale Finanzkrise war eine vorprogrammierte Katastrophe. Die Spannungslinien waren offenkundig, als die Habgier der Unternehmen und Eigeninteressen nicht nur die Vorstandsetagen, sondern auch den politischen Willen allzu vieler unserer mächtigen Regierungen vereinnahmten.

Die harte Realität sieht so aus, dass in zu vielen Ländern bereits zuvor eine Krise herrschte, verursacht durch Ungleichheit, Armut, Arbeitslosigkeit und globale Handels- und Entwicklungsungleichgewichte. Der Zusammenbruch des Finanzsystems hat diese Misere weiter verschärft. Eine Rückkehr zum Status quo vor der Krise wird den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weltweit nicht reichen.

Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften sind verärgert über die sinnlose Habgier und Risikobereitschaft globalisierter Unternehmen. Wir sind zu Recht verärgert:

- Millionen Beschäftigte haben ihren Arbeitsplatz verloren, und Angaben der IAO zufolge könnten allein in diesem Jahr weitere 59 Millionen hinzukommen;
- rund 200 Millionen Menschen könnten in extremer Armut enden, zusätzlich zu den 1,4 Milliarden unserer Kolleginnen und Kollegen, die bereits verzweifelt versuchen, mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag auszukommen;
- Wanderarbeitskräfte werden erneut zu Sündenböcken gemacht, und das trotz der kulturellen Bereicherung, die sie für ihre Gastländer bedeuten und der Solidarität, die sie durch ihre Überweisungen in ihre Heimatländer bekunden;
- Frauen und junge Menschen sind erneut die unsichtbaren Opfer der Aushöhlung der Arbeit, die häufig bereits zuvor prekär war;
- das Recht unserer Kinder und Enkelkinder auf einen sicheren Arbeitsplatz und einen sicheren Planeten ist in Gefahr, weil es schon lange an dem politischen Willen fehlt, die Korruption und die moralischen Defizite eines Wirtschaftssystems aufzudecken, das von Anfang an zum Scheitern verurteilt war.

Sie wollen, wir alle wollen eine bessere Welt, in der *die Menschen, ihre Arbeitsplätze, ihre Rechte und ihre Umwelt an erster Stelle stehen!*

Die Herausforderung für die Gewerkschaften besteht in der Organisierung.

Wir können und werden nicht tatenlos zusehen, wie die Welt die Risse wieder übertüncht. Und von "grünen Trieben" an den Börsen als Zeichen für eine Erholung wollen wir auch nichts hören. Denn je mehr Menschen sich bewusst werden, dass ihre Arbeitsplätze, ihre Häuser, ihre Ersparnisse und der Wert ihrer Rentenfonds von der durch die Habgier und Inkompetenz des Finanzsektors verursachte Krise zunichte gemacht wurden, desto mehr wollen sie, wollen wir, dass wirkliche Arbeitsplätze, gute Arbeitsplätze, menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz der Maßstab für die Konjunkturerholung sind.

Die Botschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Welt und ihrer Gewerkschaften ist laut und deutlich: Die Party ist zu Ende! *Es kann nicht so weitergehen wie bisher.*

Die Worte von Präsident Lula, einem Gewerkschaftskollegen, aus Brasilien beim Beschäftigungsgipfel der IAO im Juni sind in diesem Zusammenhang erwähnenswert:

*Arbeitslosigkeit ist ein rein soziales Problem. Sie wird nur dann zu einem politischen Problem, wenn man anfängt, Maßnahmen zu ergreifen, denn es ist undenkbar, dass wir das 21. Jahrhundert genauso beenden wie wir das 20. Jahrhundert beendet haben.*

*Die heutigen Zeiten erfordern eine härtere Gesinnung der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Regierungen. Wir können Steueroasen nicht länger dulden, wir können kein Finanzsystem dulden, das riesige Spekulationen verursacht, ohne einen einzigen Arbeitsplatz zu schaffen, ohne einen einzigen Nagel, einen einzigen Schuh, ein einziges Hemd oder eine einzige Krawatte zu produzieren. Wir können die Tatsache nicht länger ignorieren, dass mehr als eine Milliarde Menschen hungern.*

*Es ist an der Zeit, dass wir einen neuen Vorschlag unterbreiten und dass die Staats- und Regierungschefs der G20 sich diesen Vorschlag anhören, dass sich alle Länder und alle Spitzenpolitiker/innen diesen Vorschlag anhören und dass er in den Debatten der UN-Generalversammlung aufgegriffen wird.*

Es freut mich, feststellen zu können, dass der IGB diesem Aufruf gefolgt und vor allen G20-Treffen, den G8-Tagungen und UN-Prozessen mit Staats- und Regierungschefs sowie mit dem IWF und der Weltbank zusammengetroffen ist und sich bei ihnen auch weiterhin für eine wirkliche Reform einsetzen wird.

An dieser Stelle möchte ich die Führungsrolle Eurer Bundeskanzlerin Angela Merkel hervorheben, die uns mit Unterstützung des DGB und des IGB dabei geholfen hat, der IAO einen Platz am Tisch zu verschaffen, die gemeinsam mit anderen Staats- und Regierungschefs dafür gesorgt hat, dass sich die G20 dazu verpflichtet, gute Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Konjunkturerholung zu rücken und ein Konsultationsverfahren mit Arbeitsministern, Gewerkschaften und Unternehmensvertretern zu beginnen. Sie hat den Globalen Pakt für Beschäftigung und die Folgemaßnahmen zum Beschäftigungsgipfel der G8 in Rom als von zentraler Bedeutung für Beschäftigungswachstum erkannt und zur Erarbeitung einer Charta für nachhaltiges Wirtschaften als Rahmen für neue Werte, Transparenz und die Reform der Weltwirtschaft angeregt.

Zu der Frage, wer für die Finanzkrise bezahlt, ist zudem festzustellen, dass wir nicht akzeptieren können, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zweimal zur Kasse gebeten werden, weshalb wir die Arbeit und die Bemühungen Deutschlands um eine Finanztransaktionssteuer unterstützen.

Die Welt muss nach der Krise anders aussehen, und unsere Antwort spiegelt sich am besten in der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit und den im Rahmen des Globalen Paktes für Beschäftigung ausgehandelten Folgemaßnahmen wider. Ein solider Sozialschutz für alle, ein garantierter Mindestlohn, das Recht auf Tarifverhandlungen für eine gerechte Verteilung des Wohlstandes und genügend Spielraum für Wachstum und Entwicklung im Inland sind nicht verhandelbar und unerlässlich für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, für eine gerechtere Globalisierung, eine grünere Wirtschaft und Entwicklung, die Arbeitsplätze garantiert, gute Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeit, auch für Migrantinnen und Migranten, für Frauen und Jugendliche.

Überall auf der Welt fordern die Gewerkschaften:

Überzeugende Maßnahmen zum Klimaschutz. Die Gewerkschaften wollen, dass in Kopenhagen eine deutliche Vereinbarung zustande kommt, dass die Klimafinanzierung für Entwicklungsmöglichkeiten und einen gerechten Übergang für alle Länder sorgt, mit menschenwürdiger Arbeit als zentralem Element einer grüneren Weltwirtschaft. Dies ist eine moralische Verantwortung, aber auch eine Gelegenheit, um grüne Arbeitsplätze zu schaffen. Auch hier, Frau Bundeskanzlerin, sind wir uns ihrer Führungsrolle bewusst und zählen darauf.

Faire Handelsregeln. Es darf keine Ausbeutung durch Handel mehr geben. Der Handel muss auf grundlegenden Rechten und Umweltnormen basieren, mit genügend Spielraum in den einzelnen Ländern für die Entwicklung und für menschenwürdige Arbeit – keine Vorwände mehr, keine Ausbeutung mehr, sondern eine wirkliche Verpflichtung zum Abbau der Handelsungleichgewichte.

Armut, Frieden, Rechte und soziale Gerechtigkeit sind nach wie vor die zentralen Themen unseres Auftrages, und wir alle wissen, dass der DGB da sein wird, um gemeinsam mit uns allen gegen Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Angriffe auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier und überall auf der Welt einzutreten.

Die globale Finanzkrise hat ein für alle Mal deutlich gemacht, dass unkontrollierte Märkte nicht funktionieren, weder für die Wirtschaft noch für die Beschäftigten und ihre Familien.

Und diese unkontrollierte wirtschaftliche Entwicklung hat auch dazu geführt, dass wir uns kopfüber in Richtung einer Umweltkatastrophe gestürzt haben: Der Klimawandel bedroht die Existenzgrundlagen Hunderter Millionen Menschen weltweit und ganzer Gemeinwesen auf besonders gefährdeten Kontinenten wie meinem eigenen und vielen von Euren.

Damit ist Schluss!

Wir wollen eine andere Welt, eine Welt, in der es wirklich an erster Stelle um die Menschen geht. Wenn Ihr hier heute feiert, wisst Ihr, dass diese Feier Ausdruck Eurer Entschlossenheit, unserer Entschlossenheit ist, der gewerkschaftlichen und demokratischen Entschlossenheit, eine gerechtere Welt zu gestalten.

Es lebe der DGB!

Es lebe die Solidarität!